

Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at

Nummer 4 / Dez. 2013

Nach dem Wahltag ist Zahltag

Kurz nach den Wahlen wurden wir einem in diesem Ausmaß noch nicht dagewesenen Trommelfeuer der Medien, der Ökonomen und anderen Propagandaschreibern der Wirtschaft und der Opposition ausgesetzt. All diese Lobbyisten der Kapitalisten überschlugen sich geradezu, dass es nun „Struktur-reformen“ braucht, das heißt, dass die Regierung nun die Bevölkerung noch mehr belastet: Wir sollen noch mehr sparen und zahlen, die Reichen werden noch reicher!

Zur Wahl:

Wie haben die Menschen abgestimmt? Betrachtet man das Wahlergebnis aus der Sicht der Bevölkerung und nicht aus der Sicht der Parteien, der Wirtschaft und der Medien, ergibt sich folgendes Bild:

Von den 6.384.331 Millionen Wahlberechtigten gingen nur 4.692.907 Millionen ÖsterreicherInnen oder knapp 75% zur Wahl. Die Nicht- und Ungültigwähler (NW+UG) machen zusammen 1.691.454 aus und sind mit 26,5% die größte „Partei“, gefolgt von SPÖ mit 19,7%, ÖVP mit 17,6%, FPÖ mit 15,1%, Grüne mit 9,1%, Stronach mit 4,2% und Neos mit 3,6%.

Diese Abstimmung „mit den Füßen“, das sehen die Herrschenden gar nicht gerne, ist der Ausdruck dafür, dass ein Viertel der Wahlberechtigten den Eliten die Legitimation für ihre Politik nicht gibt. Genau aus diesem Grund wird ja auch in den letzten Jahren vor jeder Wahl vom Bundespräsidenten abwärts propagiert, dass man – egal wen man wählt – doch zur Wahl gehen solle. Warum? Damit die Legitimation aufrechterhalten wird, nachher zu sagen: Das, was jetzt auf euch zukommt, das habt ihr doch selbst mit eurer Stimme gewählt und somit gewollt.

Auch die Menschen, die zur Wahl gingen, haben in ihrer überwältigenden Mehrheit jedenfalls nicht dem Neoliberalismus und der weiteren Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen die Stimme gegeben.

Die SPÖ plakatierte, der Garant gegen Verschlechterungen bei Arbeit, Pensionen,

Einkommen zu sein. Auch Grüne und FPÖ getrauten sich nicht offen gegen die arbeitenden Menschen Stellung zu beziehen. FP-Strache schluckte Kreide und trat gar als der „Oberbewahrer“ der sozialen Sicherheit in Form der „sozialen Heimatpartei“ auf. Die Grünen wiederum versprachen den Menschen Arbeitsplätze und Sicherheit durch eine grüne Wirtschaft. Diejenigen, die in ihrer Propaganda voll und offen auf Unternehmerpolitik setzten und sich gegenseitig zu übertreffen suchten, waren ÖVP, BZÖ, Stronach und Haselsteiner-Neos: 12-Stunden-Tag, Frauenpensionsalter sofort anheben, Invaliditätspension streichen, Eliteschulen usw. Die ÖVP verlor und sank auf 17,6%. Das BZÖ flog aus dem Parlament und wurde von Team Stronach und Haselsteiner-Neos aufgesogen. Stronach und Neos bestehen aus Ex-FPÖ, Ex-FPK, Ex-BZÖ, Ex-ÖVP, Ex-LIF oder Wirtschaftskammerfunktionären und haben zusammen keine 8% der Wahlberechtigten für sich gewinnen können.

Dass Strache zulegen konnte, ist nicht sein Verdienst, sondern vor allem Folge der Politik der SPÖ. Die SPÖ gibt zwar vor, die Interessen der arbeitenden Menschen zu schützen, setzt aber in Wirklichkeit der Unternehmerwillkür letztlich auch nichts entgegen, gibt „bestenfalls“ in Salamtaktik auf Kosten der arbeitenden Menschen nach. So treibt sie der 15%-Strache-Partei, die auf „soziale“ Opposition tut, jene Menschen zu, die sich bereits schon angewidert von diesem Wahltheater im Interesse des Kapitals, der Banken und Konzerne abgewendet haben.

Wer ist rechts?

Die Menschen, die Strache, Stronach oder Haselsteiner gewählt haben, sind nicht rechts. Die herrschende Politik bringt sie in so eine wirtschaftliche Situation, dass viele nur im Wählen von Strache & Co. einen Ausweg sehen. Rechte Politik vertreten dann die Spitzen dieser Parteien. Und sie nehmen die, die sie aus Protest gegen z.B. die Politik der SPÖ gewählt haben, in Geiselnhaft.

Rechts heißt nicht nur offene Nazi-Politik, Fremdenfeindlichkeit etc. Rechte Politik heißt,

die Menschen der Unternehmerwillkür ausliefern und sie so erst für die offenen rechten Schergen anfällig machen. Wie schon in den 1930er Jahren ist der Ausweg der Kapitalisten aus ihrer Profitkrise noch mehr Sozial- und Demokratieabbau, letztlich Unterdrückung und Krieg. Es sei denn, es gibt einen entsprechenden Widerstand. So gesehen haben sich in Österreich in den letzten Jahren nicht nur die wirtschaftlichen und politischen Eliten nach rechts entwickelt. Auch die SPÖ-Spitzen setzen dem nichts entgegen. Sie haben sich trotz Wahlsiegen – z.B. 2006 und 2008 – vom Neoliberalismus anstecken lassen. Androsch, Vranitzky, Klima, Gusenbauer sind inzwischen allesamt als hochbezahlte Wirtschaftsmanager tätig. Als die SPÖ in der Opposition war, geißelte sie den sozialen Kahl-schlag von Blau-Schwarz-Orange. (Pensionskürzungen, Privatisierungen, Uni- und Schulchaos samt Studiengebühren usw.) Zurückgekehrt in die Regierung war seitens der SPÖ keine Rede mehr von Rücknahme des sozialen Kahl-schlags. Sie haben der ÖVP das Finanzministerium überlassen und bei Studiengebühren, Erbschaftssteuer usw. nachgegeben. Derzeit sind SPÖ-Faymann und SPÖ-Gewerkschaftsspitzen (GPA-Katzian) noch gegen eine Koalition mit der FPÖ. Faymann hatte mit diesem Versprechen im Wahlkampf größere Verluste verhindert. Aber schon in der zweiten Reihe der SPÖ, von Partei-, AK- und ÖGB-Funktionären, tut sich eine gefährliche Front auf. Angefangen vom ehemaligen SPÖ-Innenminister Schlögl, über den Salzburger AK-Präsidenten Pichler oder die ÖGB-Vorsitzenden von Vorarlberg (Loacker) und Steiermark (Schachner) wurde laut über eine Koalition mit der FPÖ nachgedacht. Es gäbe, so hört man es von diesen Herren, mit der FPÖ in sozialen Belangen „mehr Schnittmengen als mit der ÖVP“.

Unternehmer-Begehrlichkeit nach der Wahl:

Nun, nach der Wahl, erheben die Kapitalisten und die Lobbys in ihren Parteien, in Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung vehement ihre Stimme und schicken ihre Begehrlichkeiten an die Adresse einer künftigen Regierung. Was die wirtschaftlichen Eliten und die von ihnen direkt oder indirekt bezahlten Parteien anstreben, das trommelten sie via Medien gleich ab dem ersten Tag nach der Wahl. Ob ÖVP, NEOS, Grüne, Strache oder Stronach, alle wollen, dass „Sparen“ und „Reformen“ endlich durchgeführt werden. Es sei zu wenig Geld im Staatssäckel und deshalb können „wir“ uns angeblich den sozialen Standard nicht mehr leisten.

Wer mit „Wir“ gemeint ist, wird immer klarer: Nicht wir arbeitende Menschen, sondern die Wirtschaft, die Industriellenvereinigung – sogar

mit eigener Werbekampagne – wollen „Reformen“, die ihre Säcke noch mehr füllen. Gespart und reformiert werden müsse bei Pensionen, Gesundheit, Löhnen und Gehältern, den angeblich starren Arbeitszeiten, bei Schule und Bildung. Die gerade geführte Auseinandersetzung um den Metaller-KV, wo die Unternehmerseite sich einen Lohnkürzungs- und Flexibilisierungsfreibrief herausschlagen will, ist Beweis für die noch härtere Gangart der Unternehmer gegenüber Beschäftigten und Gewerkschaften. Auch die weitere bzw. volle Privatisierung von ganz oder noch zum Teil im Aktienbesitz des Staates befindlichen Unternehmen wie Bahn, Post, Telekom oder OMV, aber auch der Elektrizitätswirtschaft (vom Verbund, den Landesgesellschaften bis hin zu Stadtwerken), der Bundesforste oder der Wasserversorgung, der Bundesimmobiliengesellschaft, also klassischer Bereiche der Daseinsvorsorge, stehen auf dem Nach-Wahl-Speisezettel der Kapitalisten. Und was sagt die SPÖ dazu, die als gerade noch stärkste Partei mit den Regierungsverhandlungen betraut wurde? Es zeichnet sich ab, dass „Koalition neu“ nur heißt, dass noch mehr Unternehmerpolitik statt Politik für die arbeitenden Menschen gemacht wird.

Sparen auf Kosten der arbeitenden Menschen macht die Reichen noch reicher

Die ganze Kampagne rund ums Budget und um das Milliardenbudgetloch soll davon ablenken, wo unsere Steuermilliarden hingehen, wem sie zugutekommen. Wir sollen schon wieder glauben, es sei kein Geld da und deshalb müssen wir blechen!

Niemand redet mehr von den Milliarden, die auf Kosten der Arbeitenden zur Rettung der Banken bezahlt wurden und noch weiter bezahlt werden (Stichwort Hypo Alpe Adria usw. - siehe Kasten).

Niemand redet mehr davon, welche Zuckerl die Wirtschaft in der Krise auf unsere Kosten bekam (Stichwort: Sanierungspakete, Sparpakete, Kurzarbeit, weitere Prekarisierung der Arbeit, Ansteigen der Arbeitslosigkeit, Lohn- und Gehaltsabschlüsse, die die reale Teuerung nicht annähernd abgelten).

Niemand redet mehr ernsthaft von der Finanztransaktionssteuer, nicht einmal von den 0,5%, die im Gespräch waren. Laut WIFO betragen die jährlichen Finanztransaktionen in Europa ca. 620 000 Milliarden Euro! Würde man diese mit nur 3% besteuern, wären das 18 600 Milliarden Euro, das wären schon weit mehr als alle europäischen Staatsschulden zusammen. Da ist das Geld zu Hause! Doch den Reichen und Super-Reichen nimmt niemand etwas weg, im

Gegenteil, sie bestimmen über Lobbys in Regierung und Opposition, dass wir noch mehr zahlen sollen.

Die europäische Zentralbank (EZB) senkte nun den Zinssatz auf 0,25%. Selbst die Medien bei uns schreiben, dass das eine weitere Umverteilung des Reichtums von unten nach oben bedeutet. „Sparer werden arm, Aktionäre werden reich“ (Die Presse 9.11.13). Das bedeutet unter anderem, dass die Banken, die großen Kapitalgruppen, die Konzerne von den Zentralbanken (da liegt u.a. das Geld der EU-Steuerzahler) Milliarden Euro fast zinsenlos bekommen. Sie kaufen sich z.B. italienische Staatsanleihen, wo ihnen 4% auf 10 Jahre garantiert werden. Die Senkung des EZB-Zinssatzes hatte auch zur Folge, dass der Euro in die Tiefe rauschte. Für große Firmen, die viel exportieren, ist das gut, weil ihre Waren im Dollarhandel billiger werden. Aktien stiegen ebenfalls. Die Sparzinsen hingegen sind nun so gut wie nicht mehr existent.

Niemand redet mehr von einer Vermögenssteuer. Bei 1% wären das ca. 7 Mrd. Euro. Während der normale Österreicher 30% - 40% Steuern zahlen muss, zahlen die Banken z.T. nur ca. 15%, die großen Konzerne zeitweise noch weniger oder gar keine Steuern. Ganz legal versteuern die großen Konzerne nicht im Land, wo sie die Gewinne machen, sondern in

Steuerparadiesen wie den Cayman-Inseln, wo sie sowieso oft gar keine Steuern zahlen!

Arbeitnehmerfeindliche Politik hat keine Mehrheit in der Bevölkerung.

SPÖ und Gewerkschaften müssten dem Druck der Medien und der Wirtschaft nicht nachgeben, z.B. in einer Koalition mit der ÖVP, wenn sie statt dessen eine „Koalition mit den Interessen der arbeitenden Menschen“, der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, eingehen. Das heißt, aufklären und mobilisieren, was die Kapitalseite vorhat. Wer das nicht tut oder sogar die Hoffnung auf Regierungsbeteiligung und Postenerhalt durch das Schielen nach noch weiter rechts (FPÖ) sucht, treibt den Teufel (ÖVP) mit dem Beelzebub (FPÖ) aus. Wer so handelt, der liefert die Menschen der Unternehmerwillkür und dem Diktat ihrer politischen Handlanger wehrlos aus.

Wir zahlen ja doppelt: Wir finanzieren den ganzen Staat über unsere Steuern, Abgaben und Preise, und wir finanzieren jeden Unternehmer, denn der Unternehmer eignet sich ja direkt den Großteil des Ertrags unserer Arbeit an!

Sie leben über unsere Verhältnisse! Wir können uns sie, die 1% Superreichen und die Politik ihrer Handlanger auf unsere Kosten, **nicht mehr leisten!**

HYPO-ALPE-ADRIA

Das in den letzten Wochen viel zitierte „Riesen-Budgetloch“ kommt nicht daher, dass zu viel Geld für Bildung, Gesundheit oder Pensionen ausgegeben wird und wir uns das nicht leisten könnten, sondern vor allem daher, dass die Investoren/Spekulanten bei den Banken Kommunalkredit, Volksbank oder Hypo-Alpe-Adria aus Steuergeldern befriedigt werden sollen.

Würde man die „Hypo“ pleite gehen lassen, statt ihr die sonst von 2014 – 2018 aus unseren Steuergeldern benötigten weiteren 13,5 Milliarden Euro(!) zu „geben“, damit die Bank die Anleihen an ihre Gläubiger auszahlen kann, dann würden die großen Investoren/Spekulanten danach einen gewissen Teil ihres Investments verlieren. Sie haben ja auch schon viel verdient. Der Staat Österreich, also der Steuerzahler, müsste laut Prof. R. Rebhahn (Presse“ 29.11.13) und der Finanzprokurator (Presse 30.11.13) aber keineswegs für die Pleite einspringen, wie vor allem von der ÖVP aber auch von Nationalbankpräsident SP-Novotny immer wieder behauptet wird. Die Finanzprokurator sagt auch, dass eine Insolvenz für die Republik (den Steuerzahler) jedenfalls wesentlich billiger wäre als andere Szenarien, das heißt billiger wäre als den Investoren weitere 13,5 Milliarden Euro in den Rachen zu werfen. Im übrigen sind die Gläubiger zu 70% ausländische Pensionsfonds! (Kurier, 30.11.13) Es geht also wieder darum: **Steuer-Milliarden für die Investoren/Spekulanten oder für die Bevölkerung!**

Fukushima:

Super-GAU und Super-Profite

Die japanische Firma Tokyo Electric Power Company (kurz: TEPCO) ist der 15. größte Konzern Japans und der 128. größte der Welt. TEPCO, bis vor kurzem hauptsächlich in Privatbesitz, hat als weitaus größter Strom-

versorger Japans eine Monopolstellung. Die Firma hat über 38.000 Mitarbeiter und hat 27.740.000 Kunden. 2009 hatte TEPCO einen Umsatz von ca. 50 Milliarden Dollar und einen Nettogewinn von ca. 1,2 Milliarden Dollar, 2010

ca. 54 Milliarden Dollar Umsatz und 1,4 Milliarden Dollar Gewinn. Seit dem Super-GAU in der Atomanlage Fukushima und den katastrophalen Folgen für Mensch und Umwelt ist TEPCO immer wieder in den Schlagzeilen. Wegen des Super-GAUs machte der Konzern 2011 und 2012 Verluste. Doch 2013 stieg der Umsatz des Konzerns im ersten Geschäftshalbjahr schon wieder um fast zwölf Prozent auf 24 Milliarden Euro und allein von April bis September 2013 wies der Konzern schon einen **Nettogewinn von umgerechnet 4,6 Milliarden Euro** aus, nach einem Verlust von 2,2 Mrd. Euro vor einem Jahr. Wie das geht? Nach dem Super-GAU von Fukushima sprang der japanische Staat, also die Steuerzahler, mit erheblichen finanziellen Mitteln ein, um den Atom-Konzern vor dem wirtschaftlichen Konkurs und die Profite der Großaktionäre vor dem Niedergang zu retten.

Im letzten Jahr hat der Staat die Mehrheitsanteile an TEPCO übernommen. Insgesamt hat TEPCO bis jetzt mehr als 265 Milliarden Euro Finanzhilfe vom japanischen Steuerzahler erhalten, sonst wäre der Konzern schon pleite. Doch die Reichen zahlen, wie fast überall auf der Welt nicht drauf, sondern ihr Profit hat immer Vorrang: Es zählen ja auch die größten Pensionsfonds, Banken und Versicherer in Japan zu den Käufern von TEPCO-Anleihen, im Wert von insgesamt 36 Mrd. Euro. Direkt hat der Staat bis heute weitere 8 Mrd. Euro zugeschossen und auch die bis März 2013 angefallenen rund 15 Mrd. Euro an Kompensationen für die bis dato angefallenen 880.000 Entschädigungsanträge übernimmt der Staat. Die geschätzten 300 Mrd. Euro für weitere Entschädigungen und Dekontamination werden letztlich auch der Bevölkerung aufgehalst, statt die Profiteure zur Kasse zu bitten. Weder die für die Katastrophe Verantwortlichen noch die Aktionäre des Konzerns mussten haften. Lediglich einige Manager wurden ausgetauscht.

Die menschlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Folgen des Super-GAUs sind in ihrem endgültigen Ausmaß noch gar nicht abschätzbar. Die Verseuchung bzw. Verstrahlung von Mensch, Boden und Wasser wird auf Generationen hinaus bleiben.

Unsägliches Leid

Die Menschen in Japan haben durch die Atomkatastrophe z.T. schon unsägliches Leid erlitten und werden über Generationen noch weiter erleiden. Mehrere Millionen Menschen, darunter ca. 300.000 Kinder, in den verstrahlten Gebieten rund um die explodierte Atomanlage bleiben nach wie vor ohne Hilfe sich selbst überlassen. Im Umkreis von 30 km von Fukushima

lebten vor der Katastrophe rund 400.000 Menschen. Laut Experten müssten all diese Menschen ihr Land für immer verlassen, das Gebiet ist unbewohnbar! Nach der Atomkatastrophe flüchteten insgesamt ca. 500.000 Menschen aus Fukushima und der weiteren Umgebung. Zwei Jahre nach dem Mega-GAU schickt die japanische Regierung Opfer schon wieder in die verseuchten Gebiete zurück und behauptet, die Lage sei wieder normal, es gebe keine Gefahr mehr. Das ist Mord! Der Schulbetrieb wurde wieder aufgenommen. Als Folge haben u.a. schon 1/3 der Kinder und Jugendlichen Knoten in der Schilddrüse, das sind Vorboten von Schilddrüsenkrebs. Die Organisation „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ (IPPNW) schätzt allein durch die äußere Strahlenbelastung eine Zunahme der Krebsfälle um 40.000 bis 80.000.

Der GAU geht weiter

Seit ca. 2 ½ Jahren fließen täglich rund 300 Tonnen radioaktiv kontaminiertes Kühlwasser und Grundwasser aus den strahlenverseuchten AKWs in den Pazifik. Das sind bis heute schon über 250 Millionen Liter. Da die Kühlwasserpumpen und Wasserleitungen im AKW zerstört sind, ist TEPCO schon lange gezwungen, die Brennelemente mit Meerwasser zu kühlen. „Fukushima ersäuft in verstrahltem Wasser - offene Hähne, volle Tanks und überall leckt radioaktiv belastetes Wasser: Die Atomanlage von Fukushima war seit dem Super-GAU nie unter Kontrolle“ (Sven Stockrahm: in *Zeit online* 23.8.2013). Doch das radioaktiv verseuchte Wasser ist ein Problem, das auf Dauer(!) wirkt. Akut ungeheuer bedrohlich sind jetzt 400 Tonnen radioaktives Material im Abklingbecken im Gebäude 4, die man nun zu bergen versucht, weil das Gebäude bald einstürzen wird. **Wahrscheinlichste Folge: 400 Tonnen Brennstoffmaterial in einer Kernschmelze unter freiem Himmel! Der GAU geht weiter!**

Verstrahlung der Meere

Diese ist ja keineswegs auf Japan beschränkt, sondern wird unter anderem irgendwann die USA erreichen. Laut unten genannter Studie wird das im März 2014 soweit sein. Dann wird die radioaktive Welle auf die US-Westküste treffen. Die Vorboten sind schon dort. Jetzt schon wurden Säugetiere so wie Fische vor Alaska, Südkalifornien und der kanadischen Westküste untersucht, die durch radioaktive Verstrahlung erkrankt und gestorben sind (Studie in der Zeitschrift *Deep Sea Research 1* in: *Deutsche Wirtschaftsnachrichten* 10.11. 2013)

Demokratie-GAU

In Japan wurden Journalisten und Wissenschaftler, die über die Gefahren von AKWs

berichteten, seit Jahren eingeschüchtert und entlassen. Eisaku Sato, der ehemalige Gouverneur der Präfektur Fukushima zum Beispiel, hat vor Jahren auf Grund eines Berichtes von General Electric eine Untersuchung in einem AKW veranlasst. Zwei Tage danach wurde er wegen angeblicher Bestechlichkeit verhaftet, angeklagt, verurteilt und musste zurücktreten. Jetzt wurde er von einem anderen Gericht freigesprochen. Er sagte unter anderem: *"Japan ist ein Atomreich geworden. Regierung, Medien und Wissenschaft schließen die Menschen aus, die eine andere Meinung haben als sie. Das ist*

Faschismus. Dieses Denken im Land hat Fukushima ermöglicht". Der Ex-Gouverneur hat noch die kapitalistische Wirtschaft unerwähnt gelassen. Für deren Profite sind Regierende, Medien und auch bestochene Wissenschaftler gegen gute Gagen tätig. Die Gewinne der 1% Superreichen bezahlt die Bevölkerung auch mit dem Ruin ihrer Lebensgrundlagen, ihrer Gesundheit und ihrem Leben!

Gewinne privatisieren – Verluste, Zerstörung der Lebensgrundlagen bzw. Krankheit und Tod sozialisieren. Das heißt Kapitalismus!

Bangladesh: STERBEN FÜR DEN PROFIT

Hungerlöhne u. tödliche Arbeitsbedingungen für die Profite der Bekleidungsindustrie – Aufruhr unter Bangladeshs ArbeiterInnen ist nicht gut fürs fürs Geschäft!

Bangladesh ist eines der ärmsten Länder der Welt und die Armut breitet sich weiter aus! 1990 haben laut dem UNO-Welternährungsprogramm (WFP) 47 Millionen Menschen im Land Hunger gelitten, 2010 waren es laut WFP schon mindestens 65 Millionen Personen bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 155 Millionen. Bangladesh ist der zweitgrößte Textilhersteller der Welt. In den 4500 Fabriken werden 80 Prozent aller Exporte des Landes produziert. Es sind dort ca. vier Millionen Menschen beschäftigt, die auf jede Arbeit für ihre Existenz angewiesen sind.

Der Umsatz in der Textilindustrie betrug 2012 ca. 13 Milliarden Euro. Für 2013 werden schon über 20 Milliarden Euro Umsatz erwartet. Die Exporte der Textilindustrie boomen!

In Bangladesh wird für nahezu alle großen westlichen Modekonzerne und zahlreiche Kaufhausketten produziert wird, vor allem für die europäischen Konzerne und die der USA. Die Liste der europäischen Konzerne liest sich wie das „Who is Who“ der Textilbranche. Hennis u. Mauritz (H&M), C&A, Benetton, ZARA, Mango, Adidas, Adler, Lidl, NKD, GAP, KiK usw.

Die EU führt im Jahr um 9 Milliarden Euro Textilien aus Bangladesh ein. Während die Fabrikherren in Bangladesh reich werden und die westlichen Textilkonzerne noch reicher, geht das Volk im Land „vor die Hunde“. Die meisten Menschen, die überhaupt einen Job haben, fristen wie Arbeitsklaven ein elendes Dasein. Die Textilindustrie beschäftigt vor allem Frauen. Der durchschnittliche monatliche Mindestlohn liegt zwischen **19 bis 28 Euro im Monat!!** Jetzt

wird von einer Erhöhung auf ca. 40 bis 50 Euro gesprochen, die Gewerkschaft verlangt 70.- Euro, diese Summe braucht man um halbwegs anständig leben zu können. Ein Großteil der Beschäftigten muss für diesen Hungerlohn nicht selten zwischen 10 bis 16 Stunden schuften. Die Frauen und Männer arbeiten nicht nur für einen Hungerlohn. Die Lohndrückerei der westlichen Konzerne verbunden mit den kriminellen Unterlassungen der lokalen Fabriksherren um des Höchstprofites willen, ruiniert nicht nur seit Jahren die Gesundheit der ArbeiterInnen sondern führt zu lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen. Diese Art der Produktion in Bangladesh kostet immer wieder das Leben der ArbeiterInnen. Ihr Leben zählt nichts! Seit 2005 sind allein durch Brände in Fabriken der Bekleidungsindustrie mehr als 700 Beschäftigte getötet worden. Es gibt unter anderem keinerlei Brandschutzprogramme.

Widerstand

Seit mehreren Jahren nimmt der Widerstand der Menschen in der Textilindustrie zu. Die Fabriksherren und die Regierung hatten versucht, dies tot zu schweigen und mit Gewalt zu unterdrücken. Doch nach einer Serie schwerer Unfälle mit vielen Toten starben dann im April dieses Jahres außerhalb der Hauptstadt Dhaka durch Einsturz eines Fabrikgebäudes 1.130 Arbeiter, 2.500 wurden schwer verletzt. Die Fabrik war schlecht gebaut und lag auf Sumpfboden. Ein Gericht hatte schon vor zwei Jahren den Abriss des Gebäudes verfügt, der jedoch nie passierte. Das Geschäft dominiert auch in Bangladesh die Politik: Von den 300 Parlamentariern sind ca. 60% nachweislich mit der Industrie oder anderem Business verbunden.

Nach diesem ungeheuren Verbrechen mit 1.130 Toten waren Empörung und Widerstand der

Betroffenen im Land nicht mehr zu stoppen. Bis zu 200.000 Textilarbeiter protestierten für einen höheren Mindestlohn und bessere Arbeitsbedingungen. Seit Monaten gibt es Streiks, hunderte Fabriken wurden geschlossen. Die Menschen lassen sich von den Behörden nicht mehr einschüchtern.

Zu viele tote Arbeiterinnen sind doch schlecht fürs Geschäft.

Dieser Druck im Land und dann auch weltweit war so groß, dass sogar westliche Bekleidungskonzerne die lokalen Fabriksherrn und Behörden kritisieren mussten. Welch ein Hohn! Sie wissen um all die Arbeitsbedingungen in diesen Fabriken und sie diktieren was dort geschieht. Ein Teil der Konzerne sah sich nun veranlasst, ein Abkommen über Brandschutz und Gebäudesicherheit in Bangladesh zu unterzeichnen, das auf Betreiben nationaler und internationaler Gewerkschaften ausgearbeitet wurde. Gut, denn die Nachrichten, dass für ein T-Shirt von H&M,

Mango usw. in Bangladesh eine Näherin durch Verbrennen, Zerquetschen oder Verschütten zu Tode kommt, verbreiteten sich auch in Europa. Das ist schlecht fürs Geschäft der Konzerne!

Sterben für den Profit

H&M hatte z.B. 2012 14,6 Milliarden Euro Umsatz u 1,79 Milliarden Euro Gewinn erzielt.

Bei Löhnen von 20 bis 30 Euro pro Monat kostet dem Konzern der Lohnanteil bei einem T-Shirt von fünf Euro im Schnitt gerade einmal 2,6 Prozent des Verkaufspreises, das sind ca. 13 Cent! (laut Recherchen der Clean Clothes Campaign). Das ist ein Riesen-Geschäft! Freiwillig werden die Konzerne darauf nie verzichten. **Nur der Druck der Menschen kann hier was bewirken.**

P.S.: Die neueste Meldung: Die Textilarbeiterinnen von Bangladesh haben durch ihren anhaltenden Widerstand erreicht, dass ab sofort der Monatslohn auf 50.- Euro angehoben wurde.

DIE RAUBTIERE SIND LOS

Bären und Wölfe wandern wieder in unsere Wälder ein. In früheren Zeiten, als es diese Raubtiere noch in unseren Wäldern gab, bewegten sich dort kaum Menschen. Wälder galten als unheimlich und gefährlich und wurden gemieden. Heute, wo sich zahllose Menschen - Naturfreunde, Erholungssuchende, Wanderer - in den Wäldern bewegen, erscheint es leichtsinnig, ja gefährlich und als eine romantische Erinnerung an und eine Rückkehr in die „guten alten Zeiten“?

Auch andere Proponenten wollen die „guten alten Zeiten“ wieder aufleben lassen und im Arbeitsbereich die Zeit um 200 Jahre zurückdrehen. Dorthin, wo es noch keine Gewerkschaften, keine Arbeiterkammer und andere geordnete Mechanismen gab, die die arbeitenden Menschen zum Teil vor der Gier der Unternehmer und Kapitalisten schützen. Zurück zu „freien“ Verhältnissen, zu einem Raubtierkapitalismus, wo jeder einzelne Arbeitende der Willkür der Unternehmer bei Arbeitszeit,

Entlohnung, Urlaubsanspruch, Krankenstand,... völlig ausgesetzt ist? Wenn Herr Kapsch, Chef der Industriellenvereinigung, im Zuge der Inseratenkampagne „Reformen in Österreich? Geht doch!“ behauptet, dass Österreich Umverteilungsweltmeister sei, dann hat er damit sogar recht, obwohl er das in der anderen Richtung meint: Wir sind Umverteilungsweltmeister, aber es wird zu den Reichen nach oben umverteilt. Selbst die konservative Wiener Zeitung schreibt dazu: „Österreich zählt, so internationale Statistiken, zu den Steueroasen der industriellen Welt“. Außerdem verlangt Herr Kapsch „die richtigen Rahmenbedingungen wie Freiheit für unternehmerisches Denken und Handeln“. Was das bedeutet, wissen wir: Keine Kollektivverträge, 12- Stunden-Tage, Arbeiten bis zum Burnout, Arbeiten bei Krankheit, Kündigung im Krankenstand, Minimallohne usw.

Raubtiere haben in unserer Gesellschaft nichts zu suchen!

Zukunftsideen:

Arbeitswelt und Wirtschaft

Die in der Vornummer begonnene Reihe mit Gedankenblitzen und Stichworten zu Visionen für eine andere Welt, die wir gegen das Beharrungsvermögen der Mächtigen und Superreichen durchsetzen müssen, um

unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder zu sichern und menschenwürdig zu gestalten, setzen wir heute fort mit einem Beitrag zum Thema „Arbeitswelt und Wirtschaft“:

Arbeit als Unterdrückungsinstrument

*„... und die Oaweid bringd eam um! ...“
(Dr. Kurt Ostbahn)*

Das ist nicht der Traum einer sinnvollen, das Leben bereichernden Tätigkeit, von der man leben kann, die einem genügend Zeit lässt, die wichtigen Dingen des Lebens wie Lieben, Lachen, Teilen, Freundschaften zu pflegen. Diesem Ziel könnte Arbeit heute, mit den modernen technischen Errungenschaften, sehr nahe kommen, wäre da nicht die Gier der Besitzenden und Mächtigen, die mit möglichst geringem Mittelaufwand, also auch mit unserer Arbeit zu Niedriglöhnen, eine höchstmögliche Rendite erreichen wollen und die nie genug kriegen. Um diese Gier zu besiegen, ist es unabdingbar, dass die jetzige politische Klasse, die all die Ungerechtigkeiten heute zulässt durch einen neue Klasse der Verantwortlichkeit ersetzt wird, die die Interessen aller Menschen sicher stellt und nicht nur die Interessen des Kapitals auf Kosten der Lebensqualität der von der Erwerbsarbeit abhängigen Menschen. Nur dann, wenn das möglich ist, was einen Umsturz der gegenwärtigen ökonomischen gesellschaftlichen Ordnung bedeutet, werden wir uns hinaus bewegen in eine Zukunft hinein, in der Arbeit dazu dient, in gemeinsamer Anstrengung die für alle notwendigen Güter zu produzieren.

Arbeit als Befreiung zum Menschsein

Voraussetzung dafür ist, dass alle mitbestimmen können welche Güter sie brauchen bzw. wollen. Das bringt jedenfalls eine geringere Arbeitszeit. Trotzdem wird aufgrund der hohen Wertschöpfung genügend Entlohnung für ein leistbares Leben möglich sein. Reine Erwerbsarbeit im heute verstandenen Sinn wird dann überflüssig. Arbeit kann dann als lustvolle Tätigkeit, die zu einer solidarischen Gesellschaft beiträgt, praktiziert werden. Im Sinne von „Small is beautiful“ wird, soweit es möglich ist, in kleinen, regionalen Wirtschaftseinheiten nach Möglichkeit all das erzeugt, was sinnvollerweise gebraucht wird, ohne Über- und Wegwerfproduktion, die doch nur dem Profit dient. Es ist notwendig, dass die Politik die Ökonomie bestimmt, also auch, in welchen Formen und Regionen, bzw. in welchem Umfang Wirtschaft betrieben werden soll und kann. Kapitalisten betreiben ebenfalls Politik und nicht nur Ökonomie. Ihre Politik dient aber allein der Geldanhäufung und der Ausbeutung. Diese Art von Politik wird es in der zukünftigen Welt nicht mehr geben. Arbeit und Wirtschaft der Zukunft sind unbedingt ökonomisch, aber sie dienen nicht dem Profit Einzelner, die dann „großzügig“ einen Mindestlohn bzw. eine Mindestsicherung

gewähren, mit denen unter dem Argument der Verteilung der Einnahmen das Volk abgespeist wird, während die Unternehmer und Konzerne den Rahm in Form von fetten Gewinnen abschöpfen.

Achtung vor dem Menschen geht vor Profit

Durch dezentrale Produktionen, wenn die Arbeit, soweit möglich, zu den Menschen kommt und nicht die Menschen zur Arbeit kommen müssen, werden lange, zeit- und energiefressende Transporte für Güter und Menschen überflüssig, was sowohl für die Menschen als auch für die Gesellschaft eine übergroße Belastung darstellt. Der Zustand, dass, wie heute mit den Ressourcen der Menschen – Lebensenergie, Freizeit, Geld, Gesundheit – von Seiten der Dienstgeber und Mächtigen großzügig umgesprungen wird (z.B. stundenlange Fahrten zum Arbeitsplatz) während in den Betrieben Sparsamkeit, Leistungssteigerungen und Mehr-Arbeit bis zum Burnout verlangt werden, um den Profit zu sichern und zu steigern, dieser Zustand wird dann beseitigt sein zugunsten von mehr Achtsamkeit gegenüber dem einzelnen Menschen. Achtung und Respekt vor dem Leben sind dann vorrangig vor Arbeit bis zum Umfallen – siehe Untertitel oben. Die Moloche von Großkonzernen, die Menschen und Mittel nach Belieben herumschieben, und wenn sie körperlich und geistig krank und nicht mehr leistungsfähig sind, wegwerfen, werden dann Geschichte sein.

Neue Strukturen und Mitbestimmung in den Betrieben

Bei kleineren Produktionseinheiten ist auch die Übersicht über Geldflüsse leichter gegeben. Die erarbeiteten Mittel bleiben in den Betrieben, in den Regionen und können den Arbeitern daher nicht vorenthalten werden, wie früher durch Dienstgeber und Aktionäre. Die Betriebe sind demokratisiert und mit zeitlich begrenzten und wechselnden Leitungen aus dem Mitarbeiterbereich ausgestattet. Fehlleistungen sind somit leichter kontrollierbar, Verantwortlichkeiten leichter festzustellen und Verantwortliche, wenn nötig, rasch abzulösen. Die jetzige Führungsschicht wird dann keine Entscheidungsmacht mehr haben dürfen und wird sich dann in die demokratischen Strukturen mit normalen Bezügen einreihen müssen. Durch die gemeinsame Verantwortung wächst die Solidarität in den Betrieben und Mobbing wird es dann nicht mehr geben. Jene, die aus irgendeinem Grund nicht die Möglichkeit zur Arbeit haben, werden in die Entscheidungsprozesse der Betriebe ihrer Region mit einbezogen und haben selbstverständlich, entsprechend ihren Bedürfnissen, Anteil an den produzierten Gütern und Leis-

tungen. In den Betrieben wird Augenmerk darauf gelegt, im Strom der menschlichen Entwicklung zu bleiben und mit Freude und Stolz dazu beizutragen, Prozesse, Ideen, Maschinen und Güter so weiter zu entwickeln, dass schließlich die gesamte Menschheit Nutznießer von allem sein kann. Nur so kann es dazu kommen, dass die Überzeugung wächst, dass der einzelne Mensch, der einzelne Arbeitnehmer nicht ein unbedeutendes aus-tauschbares Rädchen ist, sondern sich als ein unabdingbarer wertvoller Teil einer Gesamtentwicklung erlebt, zu der jeder Einzelne mit seinen Fähigkeiten und mit Freude beiträgt. Der Mensch wird das Maß von Arbeit und Wirtschaft. Es entsteht eine hohe Wertschöpfung und die Entfremdung zwischen Produzierenden und dem Produzierten wird verringert bzw. geht auf null herunter. Arbeit und Wirtschaft in diesem Sinne sind nicht mehr Knechte des Profits, sondern die Fähigkeiten der Menschen frei setzende Impulse, durch die Menschsein in seiner befreiten Fülle möglich wird. Arbeit ist dann auch nicht eine Belastung und eine Mühsal, die man nur verrichtet, um Geld für die Freizeitgestaltung zu verdienen, sondern eine mit Interesse und mit Freude erfüllte Tätigkeit, die aufbaut und das Lebensgefühl stärkt und bereichert.

Gemeineigentum - Privateigentum

Bei den Grundsatzfunktionen der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Wasser, Energie,

Eisenbahn, öffentlicher Verkehr, gibt es dann keine Möglichkeit der Privatisierung und damit des privaten Profites, sondern diese Bereiche sind dem Besitz und der Verwaltung des Gemeineigentums vorbehalten und Spekulationen entzogen, um jedem Bürger das Notwendige der äußerlichen Lebensgrundlagen zu gewährleisten. Die Strukturen der öffentlichen Güter werden von den Notwendigkeiten der Menschen bestimmt und nicht vom Profit. Privateigentum ist in unserem Land gesetzlich geschützt zum Unterschied vom Gemeineigentum, das nicht gesetzlich geschützt ist und der Willkür und der Gier der Privaten unterliegt. Das wird dann anders sein. In Zukunft geht Gemeineigentum vor Privateigentum an Produktionsmitteln, deren Ertrag allen zur Verfügung steht.

Weniger Arbeiten – mehr Lohn

Experten, von denen wir seit Zwentendorf wissen, was von ihnen zu halten ist, verlangen: Wir müssten wesentlich mehr und länger arbeiten, sonst würden Milliarden fehlen, die für Pensionen ausbezahlt werden müssen, anstatt dass sie für andere Investitionen des Staates herangezogen werden können. Das stimmt nicht: Durch die sehr hohe Technisierung der Arbeitswelt kommt der menschlichen Arbeitskraft heute ein geringerer Anteil an der Produktion von Gütern zu. Es sind daher wesentlich kürzere Arbeitszeiten bei höheren Löhnen möglich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und LeserInnen

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Klimawandel, Atomrüstung, AKW-Bau, Militarisierung und Krieg. Wir erhalten keinerlei Zuschüsse von irgendeiner Seite. Unsere Arbeit wird ausschließlich von Euren Spenden finanziert. Das garantiert unsere Unabhängigkeit.

Nur gemeinsam schaffen wir eine bessere Zukunft!

Mit kollegialen Grüßen

„GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S – ZVR 100322133**

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie.

WIR WÜNSCHEN EUCH ALLEN EIN FROHES FEST!

